

28. April 2009
Der Standard

Schiene statt Strasse

Grüne fordern Alternative zur Lobauautobahn

P&R-Anlagen sollen forciert und VOR-Kernzone auf erste Außenzone erweitert werden

Wien - Einen "beschäftigungspolitischen Irrweg, gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise" sieht der Umweltsprecher der Grünen Wien, Rüdiger Maresch, im Bau der Lobauautobahn. Durch den Ausbau des Eisenbahnnetzes könnten rund 50 Prozent mehr Arbeitsplätze geschaffen werden als durch den Bau von Autobahnen. Dies gehe aus der von den Grünen in Auftrag gegebenen Studie "Verkehrspolitische Maßnahmen in der Ostregion" hervor.



Rüdiger Maresch, Umweltsprecher der Grünen Wien, und Amrita Enzinger, Verkehrssprecherin der Grünen Niederösterreich, präsentieren die Studie "Verkehrspolitische Maßnahmen in der Ostregion".

Der Bau der S1-Lobauautobahn und Ausbaupläne von Autobahnen und Schnellstraßen (A23-Tangentenverlängerung in Wien, A5-Nordteil und S8-Marchfeldschnellstraße) würden Pendlern nur wenig bringen und mehr internationalen Transitverkehr nach Wien locken, so Maresch und die Verkehrssprecherin der Grünen Niederösterreich, Amrita Enzinger. Mit dem Geld für diese Autobahnprojekte könne man laut der am Dienstag präsentierten Studie 26 Bahnstrecken sowie fünf Straßenbahnlinien (Verlängerungen der Linien O, D 25 und 26 und Neubau der Linie 27 Jedlesee bis nach Kagran) neu bauen bzw. ausbauen.

VOR-Kernzone erweitern

Außerdem könne man mit diesem Geld 21 Park & Ride-Anlagen in Niederösterreich sowie einige notwendige Umfahrsstraßen wie etwa die B 3d, die die Ortsteile Aspern, Essling und Groß Enzersdorf entlasten soll, errichten. All diese Maßnahmen würden insgesamt rund 2,94 Milliarden Euro und damit 160 Millionen Euro weniger als der Bau der 94 Kilometer Autobahnen kosten.

Zusätzlich müsse die VOR-Kernzone unbedingt auf die erste Außenzone erweitert werden, was eine entscheidende Kostenersparnis für Pendler bringe, argumentierten die Grün-Politiker. Die Park & Ride-Anlagen sollten dort gebaut werden, "wo die Leute sind", also an der Bahn und nicht wie derzeit an kaum genutzten U-Bahn-Stationen. "Wien muss ins Umland investieren, damit der Autoverkehr nicht in die Stadt reinkommt", so Maresch. (glicka, derStandard.at, 28. April 2009)

Link zum Online-Artikel:

<http://derstandard.at/?url=/?id=1240550045172>